

Der Parteikonflikt in München

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 10

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Parteikonflikt in München

Der nachstehende Beitrag traf gerade noch zur rechten Zeit ein, geht es doch dem Verfasser darum, den Spannungen innerhalb der SP München auf den Grund zu gehen. Nichts liegt deshalb näher als der Vergleich mit der Konfliktsituation, wie sie Otto Lezzi darstellt. Rolf Reventlow begnügt sich allerdings nicht damit, Vorbehalte gegenüber der Politik der Jungsozialisten anzubringen. Seine Kritik macht auch nicht halt vor dem «konservativen» Flügel der SP München. Unser Mitarbeiter aus München ist kompetent genug, sich hier ein Urteil zu bilden, war er doch langjähriger Sekretär und Vizepräsident der SP München. R. L.

Wie der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, auf dem letzten Parteitag in Hannover berichtete, hat sich die Partei in wenigen Jahren in ihrer Struktur stark verändert, in erster Linie durch einen heftigen Generationswechsel, der sich bei steigenden Mitgliederzahlen stark auswirkte. Im Zeitraum von neun Jahren sind über 300 000 Mitglieder verstorben und über 650 000 neue Mitglieder eingetreten. Die Verstorbenen stammten grösstenteils aus der Zeit der Weimarer Republik, hatten – meist anonym, weil unbekannt – das Dritte Reich überlebt und durch ihren fast selbstverständlichen erneuten Zusammenschluss auf den Ruinen der Diktatur und des Zweiten Weltkrieges die Partei zu neuem Leben verholfen. Die neuen Mitglieder kommen überwiegend aus der neuen Generation, der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Für sie ist das Dritte Reich Geschichte. Diese neue Generation lebt in der Gegenwart und blickt – sofern sie Ideale hat oder sucht – in die Zukunft. Es wäre wohl sonderbar, wenn diese «Koexistenz» in einer Massenpartei keine Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Politisch kondensiert und akzentuiert stellen sich diese Schwierigkeiten, wie bekannt, in der Beziehung der Jusos (Jungsozialisten) zur älteren Parteigeneration und oftmals zu den führenden Persönlichkeiten der Partei dar. Da gibt es ein Beispiel aus dem Städtchen Fürstentfeldbruck unweit der bayerischen Landeshauptstadt München. Bei einer ausserordentlichen Versammlung der dortigen SPD sahen die Fürstentfeldbrucker Jusos, dass sie mit ungefähr 40 Mann in der Minderheit gegenüber den mehr als 60 älteren Genossen bleiben würden. Daher räumten sie verärgert das Lokal und veranlassten die zu ihrer Gruppe zählenden Mitglieder des örtlichen Vorstandes, zurückzutreten. Hier geht es um einen spezifischen Generationskonflikt. Im nahegelegenen München geht es beileibe nicht nur um Jusos und ältere Mitglieder, wenn auch um 1970 – nach 16jähriger Amtszeit eines altgedienten Vorsitzenden – die Jungsozialisten zahlreich und turbulent auf die Bühne der Partei traten. Während zehn Jahre zuvor knapp 30 junge Leute in der ganzen Stadt Mün-

chen als zentrale Jungsozialistengruppe zusammenzubringen waren, denen aber schon vorgeworfen wurde, dass in ihren Zusammenkünften «Bücher gelesen würden», gab es nun bereits Juso-Konferenzen für das Stadtgebiet mit 400 bis 500 Teilnehmern. Diese jungen Leute diskutierten viel und heiss. In der Universitätsstadt München war es nicht verwunderlich, dass sich unter den Jusos viele Studenten oder Jungakademiker befanden. Ihre Diskussionen wurden vielfach in einer Sprache geführt – und das Problem gibt es auch heute noch –, die den älteren und nichtakademischen Mitgliedern der SPD nicht geläufig ist. Doch es gab 1970 nicht nur viele Jusos und Juso-Diskussionen. Es gab auch eine schon über dieses Alter ein wenig hinausgewachsene jüngere Generation, die sich zu Wort meldete und bestimmende Positionen in der Partei anstrebte. Alle zwei Jahre wird in München¹ der Vorstand gewählt. Der seit 16 Jahren amtierende Vorsitzende Hans Demeter, der seither so eigentlich den Vorstand verkörperte, trat ab, jüngere Leute wurden gewählt. Eine «intellektuelle Crew», schrieb die «Süddeutsche Zeitung». Obwohl eigentlich der Unterbezirk München auch unter Hans Demeter im fast revolutionären Ludergeruch stand, in der SPD links von der Mitte angesiedelt zu sein, bekam der neue Vorstand unter Hellmuth Mayer sofort das Etikett «links» angeklebt. Wohlgemerkt, hier handelt es sich stets um den sechsköpfigen Geschäftsführenden Vorstand. Mit ihm bilden in München elf Kreisverbandsvorsitzende den Gesamtvorstand. Nur im Hintergrund brodelte es gelegentlich bei den Jusos. Der später zur CSU übergelaufene Bundestagsabgeordnete von München-Süd, Günter Müller, führte eine antirevolutionär-antikommunistische Kampagne gegen die Jusos, indem er allerlei Behauptungen aufstellte, die natürlich Schlagzeilen machten und zu Untersuchungen und Auseinandersetzungen führten. Der überaus aktive, erfolgreiche und weit über die Grenzen der Stadt hinaus populäre Oberbürgermeister² Hans-Jochen Vogel griff in diese Auseinandersetzungen mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit ein, als in einer örtlichen Konferenz die Haltung der städtischen Verwaltung angegriffen wurde, weil sie eine Feier der Regime-Griechen zum Jahrestag des Obristenputsches in Athen genehmigt hatte und die – städtische – Polizei Gegendemonstranten von dieser Feier abdrängte. Es gab Anschuldigungen gegen die Polizei, die wohl nicht allzu fundiert waren. Der eigentliche Schwerpunkt der Auseinandersetzung aber

¹ Organisationsgliederungen der SPD sind: Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke. Sie ist wohl die einzige Partei in der Sozialistischen Internationale, die sich nicht bestimmend nach der politischen Gliederung richtet, wie etwa die Kantonalparteien der Schweiz. Die «Landesverbände» sind daher nur Zusammenfassungen von Bezirken innerhalb eines Bundeslandes. München ist, da es elf Landtags-Stimmkreise umfasst, ein «Unterbezirk».

² In Bayern werden die ersten Bürgermeister (Stadtpräsident), die in Grossstädten die Bezeichnung Oberbürgermeister führen, direkt vom Volk gewählt. In grossen Gemeinden können ausserdem ein zweiter und dritter Bürgermeister vom Stadtrat gewählt werden. Die Amtszeit dauert jeweils sechs Jahre.

lag in der Frage, ob es möglich war, die Griechenfeier von Amts wegen zu untersagen oder nicht. Der damalige Juso-Mann und nunmehrige Ortsvorsitzende von München – und als Abgeordneter zum Bundestag SPD-Nachfolger des von Franz Josef Strauss politisch bekehrten Günter Müller – zitierte das Ausländergesetz, das Ausländern zwar politische Betätigung, aber nur im Rahmen der Grundsätze des bundesdeutschen Grundgesetzes garantiert. Hans-Jochen Vogel hingegen hielt dies nicht für ausreichend, um die Feier der Regime-Griechen zu verbieten, und meinte, ein derartiges Verbot wäre unzweifelhaft von der Aufsichtsbehörde aufgehoben worden. So dargestellt, denkt man an einen Streit um Rechtsgrundsätze zwischen zwei Juristen. Die Konferenz aber war nicht in juristischer Stimmung. Die Parteijugend war erregt, debattierte erregt. Es gab Pfiffe und Buhrufe für den weltbekannten tüchtigen Oberbürgermeister, der in fast schon zwölf Jahren Amtszeit nicht gewohnt war, in dieser Form kritisiert zu werden. Er sah den Rechtsstaat in Gefahr. Obwohl auf der Konferenz gegen wenige Stimmen ein ausgleichender Antrag des Abgeordneten Manfred Schmidt die Debatte beschloss, ging der so entbrannte Streit weiter. Und es kam noch so manches dazu, denn in diesen Jahren waren die Münchner Jusos besonders rege. Sie fabrizierten Entschliessungen, die für viele Genossen in ungewohnter Sprache ungewohnte Zielsetzungen – nicht allzu präzise – formulierten, und auch ein überaus langatmiges Kommunalprogramm, das von viel Neuerungs willen, aber nicht von allzuviel praktischer Erfahrung zeugte. Über alle diese Fragen gab es lange Sitzungen des Vorstandes mit Hans-Jochen Vogel, wobei zwischen ihm und der «intellektuellen Crew» auch essigsaurige Gegensätzlichkeiten aufbrachen. Der Bezirk Südbayern der SPD versuchte zu vermitteln. Man stilisierte mit viel Zeitaufwand (einige dieser Sitzungen dauerten von 18 Uhr bis 4 Uhr früh) ein sogenanntes Friedenspapier. Es brachte keinen Frieden. Die «Linke» der Partei war dabei weniger aggressiv als jener Flügel der Münchner SPD, der nunmehr und in den folgenden Jahren etwas generell als «konservativ» bezeichnet wurde. Alle Mitglieder der SPD in München erhielten in den ersten Junitagen mit der Post ein Rundschreiben, das als «Brief der 16» in die Münchner Parteigeschichte eingegangen ist. Neben örtlich bekannten Funktionären fanden sich da auch die Unterschriften von alt Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen. Man wandte sich da gegen eine «kleine Gruppe pseudorevolutionärer Scharfmacher» und rief die Mitglieder auf, sich nicht einschüchtern zu lassen. Sie sollten nun alle – was meist nicht geschieht – die Versammlungen der Sektionen besuchen und dafür sorgen, dass die «richtigen» Delegierten bei den bevorstehenden internen Parteiwahlen gewählt würden. Um zu wissen, wer nun die «Richtigen» sind, gab es gleich eine Art inquisitorischen Fragebogen als Beilage. Wer die Adressen zu diesem Rundbrief-Massenversand geliefert hat und wer das bezahlte, das ist bis heute nicht bekannt geworden.

Mit dem «Brief der 16» begann in München eigentlich die Formierung der beiden Flügel, rechts und links, deren Gegensätzlichkeit nunmehr innerhalb der im Vorjahr neu gewählten Stadtratsfraktion ein ernstes Problem für die Münchner SP darstellt. Den Höhepunkt des Streits bildete ein örtlicher Parteitag³, auf dem Hans-Jochen Vogel und die gesamte «Rechte» ein Misstrauensvotum gegen den Vorstand unter Hellmuth Mayer einbrachten und durchsetzten. Das war mehr als ein Parteiereignis. Es war ein politisches Ereignis weit über die Ortsgrenzen von München. Polizei zernierte das Hofbräuhaus, in dessen grossem Saal die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über diesen Misstrauensantrag – ein Novum in dieser Form in der Geschichte der SPD – durchgeführt wurden. Hellmuth Mayer wurde tatsächlich mit 119 gegen 93 Stimmen abgewählt. Mit Ausnahme des Schriftführers, bei dem das Quorum nicht erreicht worden war, erging es den übrigen Vorstandsmitgliedern ebenso. Der Vorsitzende des nächsten Geschäftsführenden Vorstandes, der dann ein Jahr lang regierte, hiess – Hans-Jochen Vogel, der nun gleichzeitig als Oberbürgermeister und als Parteichef amtierte. Das brachte ihm jedoch – ebenso wie seine mehrmaligen Zu- und Absagen, 1972 erneut als Oberbürgermeister zu kandidieren – wenig Freude. Sein Vorstand war alles andere als homogen «vogeltreu». Schon der Kassier dieses Vorstandes, der gegen einen «rechten» Kandidaten obsiegte (und zweifellos auch für dieses Amt qualifizierter war), wurde und wird in München der «Linken» zugerechnet. Und von den elf Kreisverbandsvorsitzenden konnte man mindestens acht ebenfalls zur Münchner Linken rechnen. Um so heftiger wurden die Debatten, wobei es eine keineswegs geringe Rolle spielte, dass der in zwölf Jahren weitgehender Machtfülle des Oberbürgermeisteramtes nach der bayerischen Gemeindeverfassung befehlsgewohnt gewordene Dr. Vogel⁴ Widerspruch, auch in Nuancen, schwer erträgt. Viel trug zu diesen und anderen Konflikten seine Neigung bei, sich in kritischen Fragen makroskopisch vergrößert zu äussern. Während nun – für 1972 – die Auslese der Kandidaten zum Stadtrat⁵ anstand, gab es einen heftigen Streit über eine Ausgabe der «Juso-Information» der Münchner Jungsozialisten, in der in Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung über den damaligen Dramaturgen der (städtischen) Kammerspiele über das Stück von Otto Biermann, «Drachen, Drachen, Drachen . . .» auch gesagt worden war, man könne die bestehenden Herrschaftsstrukturen auch nicht durch die physische Beseitigung bestimmter «Drachen» wie etwa Karl Schiller (zu dieser Zeit Wirtschaftsminister und noch Mitglied der SPD)

³ Auf Grund des Parteiengesetzes werden nunmehr auch örtliche und regionale Konferenzen als Parteitage bezeichnet.

⁴ Auf dem Landesparteitag der SPD 1971 sagte Dr. Vogel wörtlich, von sich selbst in der dritten Person sprechend: «Er ist sehr rechthaberisch und gerät leicht in Zorn . . .»

⁵ Der Münchner Stadtrat umfasst 80 Stadträte. Jeder Wähler hat 80 Stimmen und kann jeweils drei Stimmen auf einen bevorzugten Kandidaten «häufeln».

oder Dr. Vogel ändern. Niemand, auch bei den Jungsozialisten, hat diesen Fauxpas verteidigt. Er wurde aber nicht ausdrücklich genug desavouiert, auch nicht von dem Juso-Vertreter im Ortsvorstand, Siegmund Geiselberger. Die Gruppensolidarität war hier stärker als die politische Einsicht. Als Auswirkung dieses Streits gab es nun ein Gerangel um die Kandidatenliste zur Gemeindewahl. Schliesslich ergab sich ein mühsam erzielter Kompromiss zwischen «rechts» und «links». Siegmund Geiselberger stand auf Platz 24 dieser Liste. Der Ortsvorsitzende und Oberbürgermeister Dr. Vogel aber fand, das könne nun nicht so bleiben. Ein eigener Parteitag wurde einberufen, nur um diesen Geiselberger von der Liste – man war bereits im Beginn des Wahlkampfes – abzuwählen. Hier versagte ein grosser Teil jener Delegierter, die man nicht unbedingt entweder nach «rechts» oder nach «links» einstufen konnte, dem sonst so populären Oberbürgermeister die Gefolgschaft. Der Kandidat Geiselberger wurde tatsächlich abgewählt, aber nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit. Es verblieb naturgemäss jener Stimmungszustand, den man französisch als Malaise zu bezeichnen pflegt. Dr. Vogel, der nun endgültig auf eine zweite Wiederwahl als Oberbürgermeister verzichtete, brachte dagegen seinen Oberbürgermeisterkandidaten, Georg Kronawitter, durch.

Noch vor der Gemeinde- und Oberbürgermeisterwahl in München zeichnete sich nun in den Sektionen und Kreisverbänden zunehmend ein Linkstrend ab. Zur neuen Vorstandswahl im März 1972 stellten sich die meisten Mitglieder des «Vogel-Vorstandes» deshalb nicht mehr zur Wahl. Mit Ausnahme des mittlerweile in den bayerischen Landtag gewählten Hellmuth Mayer, der in den Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern hinüberwechselte – und einer Genossin, die ablehnte –, kamen die ein Jahr zuvor abgewählten Vorstandsmitglieder wieder, mit grosser Mehrheit gewählt, der Vorsitzende Rudolf Schöffberger sogar mit einer Zweidrittelmehrheit. Die Münchner «Abendzeitung» kommentierte diesen – bundesweit als sensationell angesehenen – Parteitag mit den Worten:

«Der grosse Krach fand nicht noch einmal statt. Linke Vernunft zügelte Bestrebungen linker Radikalisierung in der Münchner SPD. Der besorgte Blick auf mögliche Bonner Scherben verhinderte ein Scherbengericht über Mitglieder verflossener Unterbezirksmehrheiten . . .»

Mehr als der Blick auf mögliche Bonner Scherben war für diese «Linke Vernunft» massgebend, dass der Gemeindewahlkampf zu weit fortgeschritten war, um nun noch die Kandidatenliste nach dem Image der nunmehrigen Mehrheit umzumodeln. Das hätte zweifelsohne die Wähler verprellt, nicht so sehr weil ihnen nunmehr mehr «linke» Kandidaten angeboten worden wären, sondern weil die in mehr als einem Jahrhundert Parteigeschichte der SPD sorgsam gepflegte Einigkeit dem bürgerlichen Gegner gegenüber darunter gelitten hätte. Nur der Platz 24 der Liste wurde wieder besetzt mit dem auf Betreiben von Dr. Vogel zuvor abgewählten Juso-Mann Siegmund Geiselberger. In der folgenden Wahl wurde

er von diesem Platz durch «Häufeln» auf Platz 12 vorgewählt. Das öfters gebrauchte Argument von Dr. Vogel, Geiselberger und mit ihm das Image der Jusos verminderten die Wahlchancen der SPD, wurde also nicht bestätigt. Dagegen fiel die Partei allerdings von 58,4 Prozent der Stimmen im Jahre 1966 auf 52,6 Prozent zurück. Die absolute Mehrheit blieb erhalten⁶.

Seither ist jedoch in der SPD noch keine Ruhe im Sinne der Beilegung der durch diese Entwicklung entstandenen Gegensätzlichkeiten eingetreten. Es gibt weiterhin Gegensätzlichkeiten, in erster Linie in der neuen SP-Fraktion im Münchner Stadtrat, die eine leichte «rechte» Mehrheit hat, da man ja die Kandidatenliste trotz verschobener Mehrheitsverhältnisse des Parteitages nicht verändert hatte. Vorschläge eines Parteitages zur Besetzung der beiden Posten des zweiten und dritten Bürgermeisters wurden in der Fraktion überspielt. Um der CSU keine Möglichkeit eines billigen Triumphs zu geben, stimmte dann die linke Fraktionsminderheit für die ihr nicht genehmen Vorschläge der Mehrheit. Ähnliche Fälle gab es seither mehrere. Daraus erwächst nun eine Art neuer und dauernder Konflikt zwischen der Mehrheit der Stadtratsfraktion und der Mehrheit der Parteiorganisation. Der bayerische Landesvorstand hat nunmehr eine Kommission eingesetzt, die in München untersuchen und womöglich schlichten soll. Über das Ergebnis soll am kommenden 1. November berichtet werden. Dieser Beschluss hindert allerdings den Landesvorsitzenden und nunmehrigen Städtebauminister Dr. Vogel nicht, vorab ein Urteil über die politische Ausrichtung der SPD in München abzugeben, die seine Neigung zu negativen makroskopischen Vergrößerungen wieder einmal deutlich werden lässt. Er meint beispielsweise, die Dinge hätten sich in München «bis an den Rand der Spaltung» entwickelt. Es gehe, so meinte er noch im August 1973 in einem Interview für die der SPD nahestehende «Neue Ruhr-Zeitung», um prinzipielle Fragen, so um die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, um das sogenannte «imperative» Mandat, und um Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften. Anlässlich einer Rede in der Georg-von-Vollmar-Akademie erweiterte er ein wenig später diesen Katalog zu klärender politischer Grundauffassungen. So müsste beispielsweise gefragt werden, ob «ein dogmatischer Marxismus mit seinem erkenntnistheoretischen und politischen Absolutheitsanspruch wirklich der Weg zur besseren Lebensqualität sei». An dieser einen, von mehreren ähnlich formulierten Fragen ist erkennbar, dass es in München auch um Grundsatzfragen geht, die über Rechts-links-Misstimnungen hinausgehen. Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt nicht, hier bereits auf diese Diskussion einzugehen. Man muss sicher nicht Jungsozialist sein, um der Ansicht zu widersprechen, dass der Marxismus *an sich* dogmatisch sei und einen politischen Absolutheitsanspruch vertrete.

⁶ Die entscheidende Gegenpartei, die Christlich-Soziale Union, hatte im Jahre 1966 nur 26,1 Prozent Stimmenanteil und kam nunmehr auf 35,7 Prozent.